

### **Klinkert (CDU/DA):**

Herr von Ryssel, geben Sie mir noch einmal das Stichwort zur ersten Frage, bitte.

(Von Ryssel, Die Liberalen: Die Alliance!)

Da gebe ich Ihnen erst einmal Recht, daß das bei der Alliance so gelaufen ist. Aber ich sagte schon, daß der Vertrag ausdrücklich in seinem Inhalt die Zustimmung dieser beiden Behörden voraussetzt, damit er überhaupt wirksam werden kann. Insofern ist also Ihre Befürchtung unberechtigt.

Was die andere Frage von Gaul und Reiter betrifft, so ist am gestrigen Tag darüber abgestimmt worden. In jedem einzelnen Fall bin ich mit Personalentscheidungen auch nicht einverstanden.

(Beifall bei CDU/DA)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Es spricht jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Gerlach.

### **Gerlach für die Fraktion der SPD:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind schon sehr viele Argumente zur gesamten Problematik der Energiewirtschaft ausgetauscht worden. Ich möchte deshalb auf einige Dinge eingehen, die meine Vorredner hier gesagt haben. Kollege Klinkert hat sehr richtig betont, daß das Parlament nicht zum Experimentierfeld werden darf. Aber, ich möchte doch darauf hinweisen, es sollte wohl auch nicht so sein, daß a) mit uns experimentiert werden kann und b) wir nicht alle Experimente wiederholen müssen, die die Bundesrepublik in einer 40jährigen Entwicklung durchgemacht hat.

(Beifall bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Die Entwicklung in der Energieversorgung geht nicht auf zentrale, sondern auf dezentrale Strukturen hin. Das ist eindeutig inzwischen weltweit erwiesen. Und uns versucht man ein Monopol vorzusetzen! Auch wenn, wie das Staatssekretär Pautz gesagt hat, das DDR-Eigentum nicht angetastet, sondern nur aufgestockt werden soll. Das kleine Problem, das wir dabei haben, ist natürlich, daß 50% plus eine Aktie aufgestockt werden. Und das ist hier der entscheidende Punkt.

Es ist auch nicht so, daß die ganze Sache so einfach durchgelaufen ist, wie das hier darzustellen versucht wird. Ich frage mich: Wieso kommt z. B. ein Kombinatdirektor des Energieversorgungskombinates Chemnitz dazu, dem Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz, der sich sehr stark gemacht hat für die Stadtwerke, weil wir in Chemnitz relativ gute Bedingungen dafür haben, einfach zu drohen, wenn er das nicht so mitmacht, wie sich die Energiekombinate das vorstellen, dann wird der Stadt Chemnitz der Strom abgeschaltet. Das kann doch wohl nicht die Art und Weise sein, wie wir miteinander umgehen.

Ich möchte noch hinzusetzen: Was haben wir als Parlament erreicht durch das, was sich hier, teilweise sehr turbulent, abgespielt hat? Wir haben erstens erreicht, daß die Öffentlichkeit über etwas informiert wurde, was uns möglicherweise als fertiger, unterschriebener Vertrag vorgesetzt worden wäre.

(Beifall bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Und es ist immer schwerer, einen fertigen Vertrag zu korrigieren ...

(Zuruf von der PDS: Wie mit dem Staatsvertrag!)

- danke schön -, als einen Vertrag, der im Entstehen ist. Das ist das erste, was wir erreicht haben. Und die Äußerung von Herrn Dix, der nicht nur berechtigt ist, für den Sächsischen Städte- und Gemeindegtag zu sprechen, sondern auch für die anderen Städte- und Gemeindegtag, gibt mir Recht, daß zumindest diese Problematik nicht ganz unproblematisch war.

Und das Zweite: Wir haben erreicht, daß sich die Regierung genötigt sieht und als Vertreter der Regierung Herr Staatssekretär Pautz Gespräche angeboten hat, und zwar konkret den Parlamentariern aus dem Umweltausschuß, über diese gesamte Problematik noch einmal zu reden. Ich frage mich: Warum war das nicht vorher möglich, wenn man weiß, daß er-

stens die Energiewirtschaft ein sehr kompliziertes Gebiet ist und daß sie zweitens ein Gebiet ist, dessen Probleme schnellstens einer Lösung bedürfen, die drittens nicht von wenigen gemacht, sondern möglicherweise von vielen besser gestaltet werden kann.

Ich kann nur sagen: Wir unterstützten den Antrag der Liberalen, der hier jetzt gleich noch mit zur Verhandlung gekommen ist. Wir als SPD haben auch - Herr Weis hat das vorige Woche wohl schon gemacht - ein Energiekonzept ganz kurz vorgestellt, wo wir der Meinung sind: Es ist nicht nötig, daß hier ständig mit dem Winter gedroht werden muß, sondern wir sollten versuchen, die anderen Potentiale - einige sind schon angesprochen worden - auszunutzen, und natürlich auch die Vielfalt, die es in der Bundesrepublik an Anbietern gibt, damit wir dieses Problem in einer Weise lösen können, daß wir uns auch in zehn Jahren noch vor unsere Kinder hinstellen und sagen können: Wir haben die Weichen damals in die richtige Richtung gestellt.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Eine Anfrage? - Bitte.

### **Dr. Ringstorff (SPD):**

Herr Gerlach! Würden Sie folgenden Sachverhalt bestätigen, daß nach der Energiedebatte, die wir hier improvisiert hatten, Staatssekretär Pautz bei der SPD-Fraktion war - das heißt, beim SPD-Fraktionsvorsitzenden - und daß dort in einer kleinen Gruppe etwa folgende Gespräche geführt wurden: Staatssekretär Pautz versuchte, den Sachverhalt so darzustellen, daß die SPD, wenn sie nicht vor dem 1. Juli diesem Vertrag zustimmt, dafür verantwortlich ist, daß im Winter die Lichter ausgehen, dafür verantwortlich ist, daß es ab 1. Juli zu Flächenabschaltungen in der DDR kommt? Es war so eine Art Verhandlungsführung: Entweder bist du für den Krieg oder für den Frieden. - Und ich sehe - wir befinden uns schon nach dem 1. Juli, der Vertrag ist noch nicht unterschrieben -, bisher sind noch keine Lichter ausgegangen.

(Heiterkeit)

### **Gerlach (SPD):**

Ich kann erstens den Sachverhalt bestätigen und zweitens auch sagen, daß im Chemnitzer Raum auch noch nicht die Lichter ausgegangen sind.

(Schwacher Beifall)

### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächster spricht von der Fraktion der PDS der Abgeordnete Steinitz - falls er noch möchte.

### **Prof. Dr. Steinitz für die Fraktion der PDS:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bildung von Kapitalgesellschaften in der Energiewirtschaft auf der Grundlage des Treuhandgesetzes kann, ich sage bewußt kann, ein wichtiger Schritt zum Erhalt, zur Wirtschaftlichkeit und zur umweltgerechten Betreibung von Kraftwerken sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen werden, wenn dieser Prozeß richtig gestaltet wird. Und darin liegt auch die große Bedeutung des heutigen Tagesordnungspunktes.

Die Rentabilität und die umweltgerechte Erweiterung der Kraftwerksanlagen durch Rekonstruktion und Neubau erfordern bekanntlich einen sehr hohen Kapitalaufwand, der in einer Größenordnung von etwa 25 Mrd. DM liegen wird. Dieser Aufwand kann, wie uns allen bewußt ist, nur durch die Beteiligung von Kapitalgesellschaften außerhalb der DDR, der Bundesrepublik und Westeuropas finanziert werden. Das verlangt die vertragliche Bindung von Unternehmen der Bundesrepublik und Westeuropas und die Schaffung von Garantien, daß die hohen notwendigen Kapitalvorschüsse sichere Kapitalanlagen sind und in einem vertretbaren Zeitraum zurückfließen. Diese notwendigen Kriterien dürfen aber nicht losgelöst von der Forderung nach Entmonopolisierung betrachtet werden. Die mit den größten westdeutschen Stromunternehmen Preu-